

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Andrew Ullmann, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/20555 –

Diabetes mellitus – Rahmenbedingungen für Prävention, Versorgung und Forschung schaffen

A. Problem

Die Antragsteller heben hervor, dass Diabetes eine Volkskrankheit sei, deren Bekämpfung beziehungsweise Eindämmung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Trotz Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Großen Koalition von 2018 gehöre Deutschland zu den wenigen Industrieländern, die noch keinen Nationalen Diabetes-Plan formuliert, geschweige denn umgesetzt hätten.

B. Lösung

Die Initianten fordern die Erarbeitung einer nationalen Diabetes-Strategie, eine starke Präventionsinitiative zur Vermeidung von Adipositas als wesentlichem Risikofaktor für eine Diabetes-Erkrankung sowie andere Maßnahmen, unter anderem zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20555 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Gesundheit

Erwin Rüdgel
Vorsitzender

Dietrich Monstadt
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Dietrich Monstadt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20555** in seiner 171. Sitzung am 3. Juli 2020 in erster Beratung behandelt und an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller heben hervor, dass von 1998 bis 2020 die Anzahl an Diabetes-Patienten in Deutschland um etwa 38 Prozent gestiegen sei. Experten gingen davon aus, dass jährlich eine halbe Million Menschen in Deutschland neu an Diabetes erkrankten. Damit sei Diabetes eine Volkskrankheit, deren Bekämpfung beziehungsweise Eindämmung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Dafür müssten vom Gesetzgeber Rahmenbedingungen für Prävention, Versorgung und Forschung geschaffen werden.

Um die Bevölkerung in diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu integrieren, sei die Gesundheitskompetenz des Einzelnen essentiell. Dies beinhalte das Auffinden, Verstehen und Anwenden von Gesundheitsinformationen als auch die Teilhabe und Gestaltungs- sowie Entscheidungsfreiheit in Gesundheitsfragen. Die Bundesregierung müsse ihren Verpflichtungen nachkommen und Gesundheitskompetenz auf breiter Basis stärken, um die Menschen in Deutschland zur Eigenverantwortung für ihre Gesundheit zu befähigen.

Obwohl die Versorgung der Diabetes-Patienten in Deutschland besser werden müsse und die Große Koalition die auch im Koalitionsvertrag von 2018 festgehalten habe, sei dies bislang nur eine Ankündigung geblieben. Deutschland gehöre zu den wenigen Industrieländern, die noch keinen Nationalen Diabetes-Plan formuliert, geschweige denn umgesetzt hätten. Es bedürfe jedoch einer politikfeld-übergreifenden nationalen Diabetes-Strategie, um eine effiziente und zielführende Prävention und Versorgung der Patienten mit Diabetes mellitus zu sichern.

Neben der Prävention, der Früherkennung und der Versorgung sei die Forschung ein wesentlicher Baustein im Kampf gegen Diabetes mellitus, die aber von strukturierten und longitudinalen Daten mit guter Qualität abhängig sei. Mit dem Digitale-Versorgung-Gesetz sei die Erstattungsfähigkeit von digitalen Anwendungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen worden und es gebe bereits verschiedenen Applikationen, die sich insbesondere auf die Diabetes-Krankheiten spezialisiert hätten. Viele dieser Apps funktionierten wie ein Diabetes-Tagebuch in dem Blutzuckerwerte, Proteineinheiten und Insulin-Dosen erfasst würden. Durch eine Bündelung dieser digital zur Verfügung stehenden Daten ließen sich für Forscher wichtige Erkenntnisse zur Krankheit gewinnen. Dass diese wichtigen Daten, ohne dass der Personenbezug hergestellt werden könne, nicht zu Forschungszwecken genutzt werden dürften, sei nicht nachvollziehbar. Ebenso sei nicht zu verstehen, dass noch kein nationales Diabetes-Register aufgebaut worden sei. Eine nationale Diabetes-Strategie zur Bekämpfung von Diabetes mellitus könne aber nur mit bundesweit einheitlichen, flächendeckenden, qualitativ hochwertigen, evidenzbasierten, sektorenübergreifenden und zukunftsorientierten Vorgaben für Prävention und Versorgung von Diabetes mellitus funktionieren.

Die Initianten fordern daher die Erarbeitung einer nationalen Diabetes-Strategie mit dem Ziel, dass zum einen für alle in Deutschland lebenden Menschen die Wahrscheinlichkeit, an Diabetes zu erkranken, verringert werden und dass zum anderen alle in Deutschland lebenden und an Diabetes erkrankten Menschen möglichst lange mit hoher Lebensqualität leben könnten. Neben der Vermeidung von Adipositas als wesentlichem Risikofaktor für eine Diabetes-Erkrankung durch eine starke Präventionsinitiative fordern die Antragsteller weitere Maßnahmen zur Steigerung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat den Antrag auf Drucksache 19/20555 in seiner 175. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 19/20555 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, grundsätzlich begrüße man die Initiative der FDP-Fraktion, sich diesem wichtigen Bereich zu widmen. Allerdings komme sie damit zu spät. Zusammen mit dem Koalitionspartner habe man bereits im vergangenen Sommer eine Nationale Diabetesstrategie im Deutschen Bundestag beschlossen, welche auch die Bereiche der Prävention, Versorgung und Forschung mitaufgreife. Daher lehne man den Antrag ab.

Die **SPD-Fraktion** teilte mit, der Antrag sei im Juni 2020 eingereicht worden. Die Bundesregierung habe im Juli 2020 eine eigene Diabetes Strategie beschlossen. Diese beinhalte nicht nur weitgehende Teile des Antrags, sondern gehe in den Plänen zum Umgang mit Diabetes in Deutschland sogar darüber hinaus. Man lehne den Antrag daher ab.

Die **Fraktion der AfD** bestätigte, in der Tat litten immer mehr Menschen in Deutschland an Diabetes. Neben Älteren erkrankten vor allem immer mehr junge Menschen an Diabetes Typ 2, die sich ungesund ernährten und zu wenig körperlich aktiv seien. Die Forderung nach einer Präventionsinitiative zur Vermeidung von Adipositas als Risikofaktor für eine Diabetes-Erkrankung zum Beispiel durch ein tägliches Sport- und Bewegungsangebot für Kinder und Jugendliche in allen Schulformen, durch klare und verständliche Nährwertkennzeichnungen von Lebensmitteln wie auch durch die Wissensvermittlung um eine ausgewogene Ernährung halte man für durchaus sinnvoll. Mit dem Programm zur Reduktion von Zucker, Fett, Salz und Energie in Lebensmitteln für eine Reduktion der Fettleibigkeit in der Bevölkerung sei von der Bundesregierung bereits 2018 ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht worden. Adipositas sei bekanntlich nicht nur ein Risikofaktor für eine Diabetes-Erkrankung, sondern auch für viele weitere Erkrankungen wie andere Stoffwechselerkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie auch Erkrankungen des Bewegungsapparates. Aus diesem Grund halte man eine Weiterentwicklung des genannten Programms für zielführender als die Fokussierung auf eine reine Diabetes-Strategie und enthalte sich der Stimme.

Die **FDP-Fraktion** stellte klar, der Antrag sei im vorangegangenen Jahr vor der parlamentarischen Sommerpause beraten worden und immer noch aktuell. Die Bundesregierung sei damals vom Deutschen Bundestag aufgefordert worden, die im Koalitionsvertrag verankerte Nationale Diabetes-Strategie zügig zu initiieren. Große Fortschritte in der Diabetes-Strategie seien aber nicht bekannt. Mit dem Antrag wolle man erreichen, dass die Bundesregierung endlich etwas tue und die Versorgung und Prävention von Diabetes verbessere. In Österreich liege beispielsweise eine verschriftlichte Diabetes-Strategie seit 2017 vor. Man strebe eine nationale Diabetesstrategie mit zwei übergeordneten Zielen an. Erstens solle für alle in Deutschland lebenden Menschen die Wahrscheinlichkeit, an Diabetes zu erkranken, verringert werden (Übergeordnetes Ziel 1: Prävention). Zweitens sollten alle in Deutschland lebenden und an Diabetes erkrankten Menschen möglichst lange mit hoher Lebensqualität leben können (Übergeordnetes Ziel 2: Beste Versorgung). Weitere Maßnahmen habe man sehr detailliert dargestellt. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn dieser Antrag fraktionsübergreifend unterstützt werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** teilte mit, vordergründig gingen viele der FDP-Forderungen in die richtige Richtung. Die epidemiologische Entwicklung bei Diabetes mellitus sei tatsächlich besorgniserregend. Dass die FDP nun auch eine nationale Diabetes-Strategie unter Berücksichtigung des Health-in-all-policies-Ansatzes fordere, finde grundsätzlich Unterstützung seitens der Linken. Leider bleibe die FDP erwartungsgemäß häufig konkrete notwendige Maßnahmen schuldig. Es würden abgesehen von schwammig formulierten Deklarationspflichten für Lebensmittelhersteller keine Eingriffe bei der Industrie vorgesehen. Der Antrag betone insgesamt die individuelle Eigenverantwortung beziehungsweise die „Gesundheitskompetenz“. Die sehr deutliche Abhängigkeit bei Diabetes vom Sozialstatus finde keine Erwähnung und entsprechend gebe es keine Forderung mit Bezug auf soziale Determinanten als wichtigstem gestaltbaren Einflussfaktor. Alle Forderungen unterlägen wie immer bei der FDP

dem Vorbehalt der Haushaltsneutralität. Gerade so richtige Forderungen wie die Unterstützung der Präventionsforschung, Aufbau von Lehrstühlen etc. seien daher mehr als Augenwischerei zu betrachten und an der Ernsthaftigkeit des politischen Anliegens sei daher zu zweifeln. Insgesamt könne man daher nicht zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, die FDP habe einen breit gefächerten Forderungskatalog vorgelegt, der durchaus gute und wichtige Maßnahmen beinhalte. Doch genau wie dem Bundestagsbeschluss von Juli 2019 fehle es auch diesem Maßnahmenpaket an Verbindlichkeit. Insbesondere im Bereich der Ernährung müsse die Industrie stärker in die Pflicht genommen werden. Hier brauche man verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Zucker, Fetten und Salz in Lebensmitteln, verbindliche Einschränkungen für die Vermarktung von ungesunden Lebensmitteln an Kinder und eine verpflichtende Lebensmittelkennzeichnung auf EU-Ebene. Diabetes sei in Deutschland sozial ungleich verteilt, denn die Erkrankung komme bei Menschen mit niedriger Schulbildung und hoher Arbeitslosigkeit signifikant häufiger vor als in anderen Bevölkerungsschichten. Dies sei der FDP keine Silbe wert. Aus diesem Grund brauche es eine Abkehr von den Individualmaßnahmen in der Prävention.

Berlin, den 9. Juni 2021

Dietrich Monstadt
Berichterstatter

